

In die Zukunft investieren

Sommerdialog 2021

Ein gutes Leben für alle.

[oegb.at](https://www.oegb.at)

OGB

5-Punkte-Programm, um Arbeitsplätze zu sichern und gute Arbeit zu schaffen

Die Pandemie, verursacht durch COVID-19, hat die Beschäftigten hart getroffen. Zu Spitzenzeiten waren über 588.000 Menschen auf Arbeitssuche und 1.309.000 Menschen in Kurzarbeit. Damit war in etwa die Hälfte der Erwerbsbevölkerung direkt betroffen. Mitte Juli waren immer noch knapp 350.000 Menschen auf Arbeitssuche oder in Schulung und rund 300.000 Personen in Kurzarbeit. Damit sich hieraus keine verlorene Generation oder soziale Unruhen ergeben, muss ein konsequentes und finanzstarkes Beschäftigungspaket beschlossen werden.

Für ein gutes Leben für alle braucht es eine gute Erwerbstätigkeit für alle und eine adäquate soziale Absicherung für alle. Dazu zählen arbeitsmarktpolitische Schwerpunkte, vor allem auf vulnerable Gruppen, aber auch umfangreiche Investitionen und beschäftigungspolitische Maßnahmen, um den Herausforderungen durch Klimakrise, Digitalisierung und demografischer Entwicklung erfolgreich zu begegnen.

1. Arbeitszeit besser verteilen

Viele Argumente für die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung liegen seit Jahrzehnten auf dem Tisch. Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt hat diese Frage in dramatischer Weise an Dringlichkeit gewonnen.

Wer Massenarbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpfen, künftige Herausforderungen aufgrund der Klimakrise bewältigen, die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen schützen und eine partnerschaftliche Aufgabenverteilung innerhalb der Familien fördern will, muss für kürzere Arbeitszeiten eintreten.

Grundsätzlich braucht es daher eine **Arbeitszeitverkürzung** bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Um den Einstieg in den Umstieg attraktiver zu gestalten, fordert der ÖGB in einem ersten Schritt die Weiterentwicklung der aktuellen **Solidaritätsprämie**, ähnlich dem Modell der Gewerkschaft GPA „90 für 80“ oder dem Arbeiterkammer-Vorschlag einer Beschäftigungsprämie. Mit einem derartigen Modell kann auch eine 4-Tage-Woche gut umgesetzt werden. Die wichtigsten Änderungen sind eine längere Förderdauer (zumindest fünf Jahre), gleiche Erhöhung des Fördertopfes und eine Erweiterung bei der Ersatzarbeitskraft (BerufseinsteigerInnen, TeilnehmerInnen aus Arbeitsstiftungen, etc.). Als zweite Säule soll es Betrieben ermöglicht werden, die vorhandene Arbeitszeit im Betrieb auf die MitarbeiterInnen zu verteilen, damit gefährdete Arbeitsplätze abgesichert werden.

2. Aktive Arbeitsmarktpolitik vorantreiben

Die wichtigste Aufgabe aktiver Arbeitsmarktpolitik besteht in der Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitssuchende und einer besseren Abstimmung zwischen jenen, die eine Stelle suchen und jenen, die freie Stellen haben. Im Fokus müssen aus ÖGB-Perspektive dabei immer die Arbeits-

suchenden stehen und nicht die Unternehmen, da die Mitnahmeeffekte erfahrungsgemäß hoch sind. Entsprechend kommt öffentlichen Beschäftigungsprogrammen, wie der **Chance 45+** oder einer Erneuerung der **Aktion 20.000**, eine wichtige Rolle zu.

Wir begrüßen grundsätzlich, dass durch die **Aktion Sprungbrett für Langzeitarbeitslose** eine Maßnahme für jene geschaffen wurde, die länger als ein Jahr ohne Job sind. Uns ist wichtig, dass Langzeitbeschäftigungslose (v. a. ältere) eine faire Chance im Erwerbsleben bekommen. Die Aktion Sprungbrett ist allerdings mit einem „Ja, aber“ zu begrüßen: Die Laufzeit mit 1,5 Jahren ist leider viel zu kurz und unserer Einschätzung nach nicht ambitioniert genug. Außerdem wurde entgegen der Ankündigung kein Extrabudget zur Verfügung gestellt, sondern die Rücklagen des AMS werden dafür aufgelöst. Und es löst langfristig nicht das eigentliche Problem am Arbeitsmarkt: Menschen 50+ haben es ungemein schwerer, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen, wenn sie ihren Job verloren haben. Plötzlich zählt deren Qualifikation nämlich nichts mehr. DAS ist ein Problem, das wirklich und ernsthaft in Angriff genommen werden muss. Ein Förderungsschub ist gerade jetzt wichtig, aber das eigentliche Problem darf dabei nicht vergessen werden.

Jedenfalls gehört das Projekt gut gemonitort und unabhängig evaluiert – wir müssen wissen, ob es auch dort ankommt, wo es ankommen soll.

Für Personen in Branchen, in denen längerfristig mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist (insb. Tourismus), oder in Branchen, die nicht zukunftssträftig sind, ist eine **proaktive Qualifizierungs- und Ausbildungs-offensive** notwendig (z. B. in Ausbildungen in die Pflege oder die Elementarpädagogik). Das heißt, diesen Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, eine Umschulung, Fortbildung oder Ausbildung zu absolvieren, ohne finanziell (noch) schlechter gestellt zu werden. Diese Maßnahmen ermöglichen es, dass längerfristige Ausbildungen existenzgesichert absolviert werden können. Dafür fordert der ÖGB gemeinsam mit der AK ein **Qualifizierungsgeld**.

Arbeitsstiftungen sind ein sinnvolles Instrument, um für Ausbildung, Höherqualifizierung und danach auch Unterstützung von Arbeitslosen beim Wiedereinstieg in den österreichischen Arbeitsmarkt zu sorgen. Sie könnten auch gezielt für jene Branchen oder Unternehmen genutzt werden, die von Personalabbau betroffen sind – mit dem Ziel: Betroffene ArbeitnehmerInnen aufzunehmen, bevor sie arbeitslos werden oder um Menschen für zukünftig benötigte Berufsfelder zu qualifizieren.

- **Pflegestiftung:** Der ÖGB hat bereits ein Modell entwickelt, wie der zukünftige Personalbedarf in der Pflege durch eine österreichweite Stiftung gedeckt werden kann. Bis zum Jahr 2030 werden mindestens 75.000 neue Pflegekräfte fehlen, jetzt muss gegengesteuert werden. 30 Prozent des Bedarfes der nächsten vier Jahre – das wären rund 10.000 Personen – könnten über eine bundesweite Stiftung eine Ausbildung bekommen. Da Pflege Ländersache ist, braucht es in einem ersten Schritt bundesweite gesetzliche und finanzielle Regeln.
- **Umweltstiftung:** ÖGB und WKÖ haben gemeinsam mit der AUFLEB auch ein vielversprechendes Konzept dafür entwickelt: Dieses Sozialpartner-Konzept sieht vor, dass bis zu 1.000 Personen die Möglichkeit hätten, Ausbildungen in zukunftssicheren Berufen zu absolvieren. Wir werden in den nächsten Jahren gut ausgebildete FacharbeiterInnen für die thermische Sanierung und Energiegewinnung brauchen – nicht nur bei der Implementierung, sondern auch in der Planung, in der Entwicklung in der Beratung oder im Verkauf. Die Umweltstiftung ist ein guter erster Schritt, die Veränderungen am Arbeitsmarkt durch die Klimakrise gerecht zu gestalten.
- **Verkehrsarbeitsstiftung:** Die Erfahrungen durch die Insolvenz der Fluglinie Level aber auch der Personalabbau bei der Westbahn haben gezeigt, dass die Corona-Pandemie massive Auswirkungen auf die Beschäftigten und ihre Arbeitsplätze haben kann. Auch der Kampf gegen die Klimakrise mit der Reduktion von CO-Emissionen kann sich auf die Arbeitsplatzsituation auswirken, wie zuletzt beim MAN-Werk in Steyr geschehen. Neben der Kurzarbeit braucht es daher ein weiteres Instrument für alle, die sich aus ihrem Unternehmen und ihrer Branche „rausentwickeln“ wollen oder müssen. Konkret geht es beispielsweise darum, einen Airline-Piloten zum Triebfahrzeugführer umzuschulen oder auch Wechsel zwischen zwei Eisenbahnunternehmen zu fördern.

3. FacharbeiterInnen ausbilden

Da Jugendliche besonders von hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind, braucht es auch einen **Ausbau der Überbetrieblichen Lehrausbildung**, damit trotz Wirtschaftseinbruch eine Lehrausbildung möglich ist. Hier braucht es mehr Budgetmittel, schnelle Schaffung und Aktivierung eines **Corona-Notausbildungsfonds** und einen **Ausbau der öffentlichen Lehrstellen**.

Angesichts der bevorstehenden Transformationen (Digitalisierung, Klimaziele und Alterung der Gesellschaft) müssen wir rasch **eine zukunftsweisende Diskussion zur Facharbeit** führen. Die oben genannten Konzepte (Arbeitsstiftungen, Qualifizierungsoffensive mit Einkommenssicherung, zusätzliche Lehrplätze) sind wichtige Bausteine, um die FacharbeiterInnen der Zukunft auszubilden. Wir brauchen aber eine breitere Diskussion: Was sind die Fähigkeiten, die in Zukunft gefragt sein werden? Was davon kann die duale Ausbildung in ihrer derzeitigen Form leisten? Wo brauchen wir neue, zusätzliche Ansätze? Ideen dazu gibt es genug:

- › Modernisierung der Lehrberufe (neue Kompetenzen),
- › Lehrlingsfonds,
- › Dritter Ausbildungsort (Vorbild Lehrbauhöfe),
- › Anerkennung informell erworbener Kompetenzen,
- › Verbesserung der Arbeitsbedingungen (geregelte Arbeitszeiten, Vereinbarkeit, Einkommen, ...)

4. Privaten Konsum ankurbeln

Die Effekte sind umso größer, je größer der Effekt auf das verfügbare Einkommen ist, oder anders formuliert: Größere Effekte werden bei GeringverdienerInnen erzielt. Deshalb ist eine **Erhöhung des Arbeitslosengeldes** auf 70 Prozent Nettoersatzrate von großer Wichtigkeit und schafft zusätzlich eine soziale Absicherung für die betroffenen Personen.

Für all jene, die während der letzten 14 Monate Pandemie außerordentliches geleistet haben und die deshalb als SystemhalterInnen gefeiert wurden, fordern wir einen **Corona-Tausender**. Diese Menschen haben diesen Bonus nicht nur verdient, er wirkt sich auch positiv auf die Wirtschaft aus.

Alternativ kann die Auszahlung auch in Form von Gutscheinen erfolgen. Durch die aktuell unsichere Situation (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, ...) haben viele weniger Einkommen oder das Bedürfnis zu sparen. Durch eine zeitliche Befristung der Ausgabe von Gutscheinen könnten diese direkt in den österreichischen Wirtschaftskreislauf fließen. Österreichische Unternehmen im Handel, Gastronomie & Tourismus, Unterhaltung, Dienstleistungsbereich (Anm.: internationale Onlinekonzerne sollen davon ausgeschlossen werden) würden gemeinsam mit den Beschäftigten davon profitieren. Die in Österreich lebenden Personen hätten einen persönlichen Nutzen davon.

5. Öffentliche Hand stärken

Die drohende Insolvenzwelle könnte weitere Jobs kosten. Deshalb fordert der ÖGB mit dem **Comeback-Beteiligungsfonds** eine staatliche Beteiligungsgesellschaft, mit welcher Unternehmen über die schwierige Phase zwischen dem Auslaufen von Unterstützungszahlungen und Stundungsmöglichkeiten und wieder vollständig auf „eigenen Beinen zu stehen“ überbrücken können. Mit steigenden Gewinnen können die Unternehmen die Beteiligungen wieder auflösen – das Geld fließt an den Staat zurück.

Die **Klimakrise** macht eine ganze Bandbreite an Investitionen notwendig. Der ÖGB fordert daher schon länger, dass mindestens eine Milliarde Euro jährlich bzw. 10 Milliarden Euro bis 2030 in den Klimaschutz investiert wird. Das trägt dazu bei, dass Österreich klima- und zukunftsfit ist und dient gleichzeitig der Ankurbelung der Konjunktur. Handlungsfelder gibt es ausreichend:

- Ausbau der Öffis: mehr Verbindungen, kürzere Intervalle, Ausbau von Gleis- und Bahnhofsanlagen, Anschaffung von modernen Zügen und Bussen mit alternativen Antrieben
- saubere Heiz- und Kühlsysteme und thermische Sanierung von Wohnungen, aber auch Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden
- Förderung von mehr Energie-Effizienz in den Betrieben
- Ausbau von Radwegen und Radabstellanlagen
- Ausbau von Photovoltaik-Anlagen
- Förderung von Forschung und Entwicklung im Energie- und Klimaschutzbereich

Eine Industrieförderung zur Verlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene. Es geht darum, dass die verladende bzw. produzierende Industrie einen Anreiz für einen Umstieg erhält. Das System Bahn wiederum soll lernen, was verbessert werden muss, um Güter effizienter zu transportieren.

Und letztlich darf auch nicht auf jene systemrelevanten Bereiche vergessen werden, die es ermöglicht haben, dass Österreich im internationalen Vergleich diese Pandemie doch erfolgreich überstanden haben wird: Die Branchen der **Daseinsvorsorge**, wie der Gesundheits- und Pflegebereich, des Bildungswesen, die öffentliche Infrastruktur, Wasser- und Energieversorgung, die Müllentsorgung etc. müssen weiterhin in öffentlicher Hand bleiben und mit entsprechenden Investitionen abgesichert und weiterentwickelt werden!